

Protest 2.0: Medientheoretische und gesellschaftskritische Aspekte der Protestbewegung "Uni brennt!"

Wieser, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wieser, M. (2010). Protest 2.0: Medientheoretische und gesellschaftskritische Aspekte der Protestbewegung "Uni brennt!". *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 33/34(4/1), 9-23. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-386319>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Martin Wieser

Protest 2.0: Medientheoretische und gesellschaftskritische Aspekte der Protestbewegung › Uni brennt!‹

The revolution will not be televised – it will be streamed!

Der Beitrag beleuchtet die Hintergründe der studentischen Protestbewegung im Herbst 2009 an der Universität Wien aus Sicht eines Partizipierenden. Medientheoretische und gesellschaftskritische Aspekte der Proteste werden ebenso aufgezeigt wie protestinterne Differenzen und der innerstudentische Widerstand gegen die Besetzung. Schließlich wird auf die Reaktionen innerhalb der akademischen Psychologie eingegangen und ein Ausblick auf die Konsequenzen der Bewegung versucht.

Schlüsselbegriffe: Protestbewegung, Universität Wien, Besetzung, Medientheorie, Gesellschaftskritik

*Medienrevolutionen sind Sinnrevolutionen,
sie re-modellieren die Wirklichkeit und
schaffen eine neue Welt.*

Assmann & Assmann zit.
nach Havelock, 1990, S. 3

Wien, 22. Oktober 2009: Ein 25-jähriger Psychologiestudent läuft in seinem Zimmer, umringt von losen und gehefteten Kopien, Ordnern und Büchern, den Stoff laut rezitierend, im Kreis. Die Angespanntheit ist ihm anzusehen, in einer Woche steht er vor der kommissionellen Abschlussprüfung. Plötzlich unterbricht das Mobiltelefon seine Kreise. Eine Kurzmitteilung: ›Das Audimax ist besetzt!‹



Plenum online. Quelle: unsereuni.at

Kommt alle her!«. Ungläubig starrt er auf das Display.

Die Absenderin, seine Freundin, sitzt schon dort: In einem Hörsaal, der sich innerhalb von wenigen Stunden bis auf den letzten Stehplatz füllen wird. Kurz zuvor war eine Demonstration im Sigmund-Freud-Park vor den Toren der Universität polizeilich aufgelöst worden. Spontan beschloss eine Handvoll Studierender, den Protest gegen Bologna-Prozess und Bildungsabbau im nahe gelegenen Audimax fortzusetzen – ihre gefährlichsten Waffen in Hosentasche und Rucksack eingesteckt: Handy und Laptop. Per SMS, Twitter, Skype und Facebook verbreitet sich eine Nachricht in Windeseile über tausende Displays. In Scharen folgen die Studierenden dem elektronisch verbreiteten Aufruf, der zunächst nichts als die bloße Anwesenheit der Studierenden forderte. Was treibt eine Generation junger Studierender, die längst als unpolitisch verschrien sind, drei Wochen nach Semesterbeginn in den größten Hörsaal der Universität? Was wird sie wochenlang dort halten, unzählige Plena aussitzen und Abende lang Beschluss um Beschluss diskutieren lassen?

Zweite SMS gleichen Inhalts an den noch skeptischen Diplomanden: Von einer Kollegin aus Deutschland. Sie studiert hier *Internationale Entwicklung*, ein Fach, das ursprünglich für wenige Dutzend Studienplätze ausgelegt wurde, ohne Institut, mit drei GastprofessorInnenstellen für mittlerweile rund 2 500 Studierende. Für 11 Seminare hat sie sich angemeldet, im Losverfahren nicht eines bekommen. Sie ist nur eine von vielen Hunderten, die unfreiwillig genug Zeit – und Wut – zum Besetzen haben. Nach einer Stunde wird der erste Preetext mit Forderungen aus dem Audimax veröffentlicht: *Bildung statt Ausbildung! Ausfinanzierung der Universitäten! Keine Ökonomisierung von Bildung! Abschaffung aller Studiengebühren sowie Zugangsbeschränkungen! Unabhängigkeit von Lehre und Forschung! Genug Studienplätze für alle!*¹

Der Diplomand ist außer sich. Sechs Jahre lang hat er auf diesen Tag gewartet, jetzt fesseln ihn die Schriften von James, Freud und Eysenck an den Schreibtisch. Er verbreitet die Nachricht in einem bekannten Onlineforum für Psychologiestudierende (auf die Reaktionen kommen wir noch zurück) und meldet sich bei Facebook an, um der Fangruppe beizutreten. Solidarität vom Schreibtisch: Protest 2.0.

In rasendem Tempo werden Audimax und angrenzende Räumlichkeiten zu einer Hightech-Kommunikationszentrale transformiert. Nach drei Tagen verfügt die Protestbewegung über eine eigene Internetplattform, die ständig mit den aktuellen Forderungen, Plenumsterminen und organisatorischen Hinweisen sowie Solidaritätsbekundungen aus aller Welt aktualisiert wird. Die *Presse AG* vermittelt Medien- und Interviewanfragen aus In- und Ausland per Email und Telefon und formuliert laufend Mitteilungen für sämtliche Pressestellen am Laptop. Über Twitter gelangen münzlich *updates* aus dem Hörsaal an die Öffentlichkeit. Die Facebookgruppe zählt bereits mehrere tausend Mitglieder: Vom Protest nicht gehört zu haben, ist nach 24 Stunden bereits ein Ding der Unmöglichkeit.

Die vielleicht erste studentische Protestbewegung mit offizieller PR-Abteilung weiß um die Macht der Medien und greift dabei nicht nur auf bereits etablierte Strukturen zurück: *Don't hate the media, be the media!* Nach wenigen Stunden ist eine Webcam im Hörsaal installiert, die von nun an sämtliche Plena und Vorträge per Mausclick im *stream* überträgt. Bis zu 2 500 Betrachter (und ein frustrierter Diplomand) werden zwischenzeitlich das Geschehen *live* am Bildschirm nachverfolgen.

Dynamik und Transparenz der Protestbewegung schreien geradezu nach medientheoretischen Reflexionen. Im Anschluss an McLuhan, dem Urvater der Medientheorie, verstehe ich hier »die ›Botschaft‹ jedes Mediums oder jeder Technik [in der] Veränderung des Maßstabs, Tempos oder Schemas, die es der Situation des Menschen bringt« (McLuhan, 1995, S. 23). Nach McLuhan ist in erster Linie nicht Inhalt, Sinn oder Zweck einer Mitteilung Ermöglichungsgrund neuer Denkformen und Wirklichkeitserfahrungen, sondern das Medium, das sie transportiert. Nicht *welche* Inhalte, sondern *auf welche Weise* Informationen weitergegeben werden, ist nach McLuhan also der entscheidende Strukturierungsfaktor sozial-kommunikativer Organisationsformen.

Was ist nun die mediale ›Botschaft‹ dieser Proteste? In erster Linie ihre hochgradige, multidirektionale, dezentrale und offene Vernetzung über digitale Informationskanäle, ihre standortunabhängige Kommunikationsfähigkeit und *ergo* hohe Mobilität. Plena können von überall *live* oder auch – weil *online* archiviert – retrospektiv verfolgt werden, Protokolle und

Beschlüsse sind in einem Wiki² nachzulesen, wie auch alle Aktivitäten und Termine der Arbeitsgruppen (AG). Jede AG funktioniert autonom, ist offen für jeden und stellt ihre Inhalte selbst *online* oder im Plenum vor. Die dezentrale, hierarchiefreie Struktur der Protestbewegung entlastet die partizipierenden ›Zellen‹ von organisatorischen Anforderungen, schafft räumliche Flexibilität und ermöglicht so die freie Fluktuation und Akkumulation von Ideen und Texten, Diskussionsbeiträgen, Analysen und Pamphlets. Das wabernde Informationsnetzwerk ermöglicht spontane und anlassbezogene AG-Gründungen mit meist geringer Halbwertszeit, aber hoher Flexibilität und Fokussierung auf konkrete Anliegen und Aktionen. Die neuen Medien transformieren die Protestbewegung zum dezentralen Schwarm einer Unzahl sich ständig neu konfigurierender Widerstandselemente.

Der Protest ist dabei keineswegs seiner Materialität enthoben: Ohne die Raumnahme als Druckmittel gegenüber Rektorat und Regierung, der Volkküche als Verpflegungsstelle und der traditionellen Geste des Handhebens bei Abstimmungen im Plenum wäre die Bewegung nicht denkbar. Ausschlaggebend für den Erfolg der Bewegung ist jedoch ihr massenmedialer *impact*, welcher nur auf Basis seiner internen Organisation nachvollzogen werden kann. Um Druck auf politischer Ebene zu erzeugen, wurden klassische Medien bespielt, doch nach den Regeln der virtuellen Protestbewegung: In hohem Tempo und massiver, vielgesichtiger Präsenz, ohne persönlich identifizierbaren Absender, ohne Identifikationsfiguren oder (Für-)Sprecher, unabhängig von hochschul- oder parteipolitisch etablierten Gruppen. *Webstream* und *Wiki* kreieren eine selbstbestimmte, transparente Bühne für öffentliche Bildungsdebatten, die Diffamierungsversuche von konservativer Seite postwendend entlarvt³ und sich von vandalistischen Ausfällen Einzelner distanziert. Das basisdemokratische Protestmodell des ›Audimaxismus‹ ist ohne die neu-



›Namensschild‹ für den vom Wissenschaftsmi-
nisterium einberufenen Hochschuldialog.
Quelle: unsereuni.at

en Medien und *social networks* nicht denkbar. Bald wird sich die Prominenz aus Wissenschaft, Literatur, Kabarett und Musik im Audimax die Klinke in die Hand drücken, es wird schick sein, einmal dort aufzutreten zu sein und den Jungen auf die geistige Schulter geklopft zu haben.

Die Kehrseite von Protest 2.0: Die Informationsflut wird schnell unüberschaubar, zeigt sich anfällig für Störaktionen und kann das Auseinanderklaffen unterschiedlichster Interessengruppen innerhalb der Bewegung nicht verbergen. So schnell wie Informationen gesammelt und verteilt werden, sind sie auch im Handumdrehen wieder veraltet. Forderungskataloge werden täglich modifiziert und neu abgestimmt: Das Audimax ist ein Ort permanenter, oft zermürbender Verhandlungsprozesse, der von Protestgegnern als chaotisch und desorganisiert wahrgenommen wird.

Um über Presse und Funk Druck aufzubauen, nutzt der Protest – neben den üblichen Demonstrationen, Raumnahmen und Plakatierungen im öffentlichen Raum – gezielt die Macht der

Bilder, um auf seine Interessen aufmerksam zu machen. Öffentliche politische Inszenierungen werden als Bühne für friedlichen Aktionismus genutzt, um die Politiker zu unfreiwilligen Darstellern einer Posse zu machen: Ein nervöser Wissenschaftsminister steigt über gefesselte und ›normiert‹ geknebelte, zum Schweigen und Zuhören verurteilte Studierende



Aktionismus der Studierenden bei der Eröffnung eines Institutsgebäudes. Quelle: unsereuni.at; Bildmitte unten: Wissenschaftsminister Johannes Hahn. Quelle: Der Standard/Matthias Cremer



hinweg, um in einem völlig überfüllten Raum die Zukunft der Universitäten anzupreisen. Für einen Moment – lange genug für die Kamera – sind die hohen Gäste aus Politik und Wirtschaft, was die Studierenden seit vielen Jahren sind: Um Sitzplätze konkurrierende, unerwünschte Zaungäste, stumme Unterworfenen eines ›rationalisierten‹ Bildungssektors, der von ECTS-Punkten, *Drop-Out*-Quoten-Optimierung und ökonomischen Effizienzkriterien spricht und jede Bildung kritischer Intelligenz untergräbt. Die in Presse und Fernsehen kursierenden Bilder zeigen die Probleme in hochverdichteter Form auf, kommunizieren die Studiensituation in den Universitäten unter dem Bildungsideal einer neoliberalen Gesellschaftsordnung, ohne auf breites kontextuelles Vorwissen auf Seite der Rezipienten zurückgreifen zu müssen.

Die Protestbewegung hat aufgezeigt, dass den neuen Medien und *social networks* ein politisches Mobilisierungspotenzial inhärent ist und diese nicht auf ihre Überwachungs- und Datensammlungsfunktion reduziert werden können. Unbestritten bleibt zwar die profitorientierte und marktwirtschaftlich höchst effiziente Form der Zielgruppenfokussierung der webbasierten sozialen Netzwerke, deren Ware ›Profilaten‹ von den Nutzern selbst generiert wird und der Verfügungsgewalt des Betreibers untersteht. Einmal mehr erweist sich aber der Foucaultsche Gedanke, dass jede Form der Macht auch ein latentes Widerstandspotenzial mitproduziert, als zutreffend: Die Protestierenden machten sich die virtuellen Netzwerke zu Nutzen, tauchen unerwartet und unangekündigt auf, verfolgen die – um nichts weniger ›gläsernen‹ – Politiker bei öffentlichen Auftritten Schritt für Schritt, stellen sich zwischen Kamera und politischer Inszenierung ins Bild, um die studentischen Anliegen öffentlich zu machen.

Dezentrierter Widerstand: Basisdemokratisch, emanzipatorisch, gesellschaftskritisch?

Wien, 29. Oktober 2009: Ein sichtlich erleichterter ehemaliger Diplomand verlässt munteren Schrittes die Psychologische Fakultät und schreitet im Sakko erstmals ins bunt dekorierte Audimax. Nach einer Woche Besetzung sind die Wände vollständig mit Parolen, Veranstaltungshinweisen

und Hausregeln plakatiert. Rechtshilfenummern finden sich neben einem Che-Guevara-Portrait, eine Bundesheer-Uniform wurde in drei Metern Höhe an der Wand befestigt, Beschriftung: ›Und dafür hamma Geld?‹. Neben der Frontleintwand: ›Frauen wehrt euch!‹ in großen, violetten Lettern auf einem Leintuch. Auf dem Podium, vor dem Sprechpult die Maxime: ›Widerstand gegen Bildungsabbau‹. Im halbvollen Saal herrscht ein ständiges Kommen und Gehen, viele sitzen an ihrem Laptop, daneben der Pappteller mit veganem Eintopf aus der Volksküche. Das Audimax-Kollektiv lässt sich weder optisch noch diskursiv eindeutig in eine politische Schublade stecken: Viele verstehen sich als ›unpolitisch‹, wollen sich in erster Linie für bessere Studienbedingungen, gegen die Verschulung des Studiums und das miserable Betreuungsverhältnis an den Instituten einsetzen. Der Ex-Diplomand im Anzug sticht aus der heterogenen Masse ebenso wenig heraus wie die einzelnen Obdachlosen, die bei der winterlichen Kälte hier eine wärmende Zufluchtsstätte gefunden haben. Aktueller Programmpunkt: ›OpenMic‹. Jeder darf das Wort bzw. Mikrofon ergreifen, um sich für oder wider ein Anliegen auszusprechen. Das Angebot wird gerne genutzt, nicht nur während der Plena. Beliebtester Streitpunkt: Ist die Bewegung ›ideologisch? Muss/kann/soll der Kampf für eine andere Bildungspolitik auch gesellschaftskritisch sein?

Diese Fragen treffen von Anfang an den brüchigen Kern der gesamten Bewegung. Solidaritätserklärungen (die wenig überraschend eher vom ›linken‹ Spektrum ausgehen) werden gerne angenommen, auch das ge-



Flugblatt aus dem Audimax. Quelle:
freiebildung.at

meinsame Auftreten der Studierenden mit Gewerkschaften bei Demonstrationen wird gezielt koordiniert. Was jedoch die Positionierung der Bewegung selbst angeht, scheiden sich bis zum Abebben der Proteste die Geister. Viele fühlen sich von linksrevolutionären, kommunistischen und marxistischen Gruppierungen abgeschreckt, wollen sich nicht für weltrevolutionäre Utopien vereinnahmen lassen und befürchten auch, sonst in der Öffentlichkeit nicht mehr ernst genommen zu werden. Dass in einem konservativen Land wie Österreich alles als ›links‹ abgestempelt wird, was Räume besetzt, Gleichberechtigung fordert und auf der Straße demonstriert, ist das eine; die große Masse der Protestierenden selbst gehört aber keiner Hochschul- oder Politpartei an und fühlt sich auch von keiner vertreten. So wird die Protestbewegung zum Tummelplatz von radikalen wie gemäßigten Kräften aller Art, von *queer*-FeministInnen und/oder TrotzistInnen bis zu Bürgerlich-Liberalen: Sobald sich eine Teilgruppe zu etablieren versucht, wird kollektiv gegengesteuert oder die Flucht ergriffen.

Die dynamische Balance zwischen den Partialkräften zu halten, gelingt nicht immer. Dass die Unterwerfung des Bildungssektors unter ein betriebswirtschaftliches Kalkül zum *status quo* geführt hat, ist weitgehend unbestritten, aber vielen erscheint eine gesamtgesellschaftliche Kritik aussichtslos und weitaus nebulöser als bspw. die Forderung, das nationale Bildungsbudget aufzustocken. Hier hat die Protestbewegung eingängige Argumente in der Tasche: Milliarden von Steuergeldern wurden kurzfristig in das marode Bankensystem gepumpt, während die Universitäten seit Jahren jeden Cent zweimal umdrehen müssen. Immer wieder wird das Humboldtsche Bildungsideal bemüht, um die Forderung nach ›freier Bildung‹ und der ›Einheit von Forschung und Lehre‹ zu unterstreichen und die Unterfinanzierung der Universitäten anzuprangern.

Dem anderen großen Teil der Studierenden riecht diese Argumentation mehr nach Standespolitik denn nach emanzipatorischem Interesse. Sie wollen die ›Ursachen‹ der Probleme ansprechen, die Proteste in andere Gesellschaftsteile tragen und sich nicht gegen diese ausspielen lassen. Sich für ›freie Bildung‹ einzusetzen, heißt für sie auch, für marginalisierte Gruppen einzutreten, wodurch auch so unterschiedliche Felder wie Asyl-

politik, Behinderten- und Frauengesetzgebung oder das bedingungslose Grundeinkommen ins Blickfeld treten. Eine gesamtgesellschaftliche Perspektive in den Diskurs einzubringen, welche immer auch wesentlich kapitalismus- und herrschaftskritisch gewichtet ist, ist vielen Studierenden ein wesentliches Anliegen – was den ›bürgerlichen‹ Teilen des Protestes jedoch an der ›ursprünglichen‹ Intention der Proteste vorbeigeht.

Zwischen diesen Polen schwankt die Protestbewegung wochenlang, zermüht sich in abendlangen Sitzungen um eine inhaltliche Gesamtpositionierung der Initiative und sucht nach konsensfähigen Formulierungen. Was den offenen Bruch zwischen ›Pragmatisten‹ und ›Idealisten‹ letztlich verhinderte, ist nichts als die Überzeugung, dass die Besetzung die einzige Möglichkeit darstellt, über die öffentliche Aufmerksamkeit Druck auf die Politik zu erzeugen. Die Protestbewegung wurde von Anfang an von einer großen Masse Studierender getragen, die bis *dato* – wenn überhaupt – nur marginal politisch aktiv war. Andererseits spielten etablierte ›linke‹ Strukturen und Gruppen (aus der Hochschülerschaft und anderen Organisationen) eine nicht wegzudenkende Rolle, weil sie Ressourcen und *Know-How* (wieviele waren jemals zuvor in einem Plenum gewesen?) zur Verfügung stellten, sich souverän bei öffentlichen Kontroversen für die Bewegung einsetzten und langfristig gesehen wohl mehr Ausdauer in den AGs zeigten.

Widerstand im Widerstand

»Das ist meine Lieblingsforderung: ›Selbstbestimmtes Lernen und Leben ohne Konkurrenz- und Leistungsdruck!‹ Was soll der Schwachsinn, bitte?« – so lautet die erste Replik auf die vom Diplomanden verbreitete Meldung im Onlineforum für Psychologiestudierende. Es folgen weitere: »Die lieben Krawallheinis haben zuviel Alice im Wunderland geschaut...« – »Ich bin wirklich froh, dass wir in Psychologie ein Auswahlverfahren haben.« – »Ich bin auch pro Zugangsbeschränkungen und daher pro Gegendemo«. Viele Studierende zeigen sich erzürnt über beschmierte Wände, beschädigtes Inventar und ausgefallene Vorlesungen, halten den Protest für eine destruktive Partyveranstaltung ohne ernstzunehmende Anliegen, die De-

monstrierenden für Krawallmacher und die Forderungen der ›Hippies‹ für ›überzogen, unrealistisch und weltfremd‹.

Der Widerstand gegen den Widerstand ist kein psychologieinternes Phänomen: *Studieren statt blockieren* nennt sich eine schnell wachsende Facebookgruppe, die sich als Sammelbecken all jener versteht, die sich nicht vom Audimax-Kollektiv vertreten lassen wollen. Analog zur Protestbewegung sind die Motive zum Beitritt vielschichtig: Manche halten den Protest für gerechtfertigt, aber deren Form für untragbar, weil sie den Anliegen der Studierenden mehr schade als nutze. Andere kritisieren den Forderungskatalog als zu vage, widersprüchlich oder utopisch oder halten ein ›Leistungsprinzip‹ an der Universität prinzipiell für unabdinglich und die Selektion in Anbetracht der Studierendenzahl für unausweichlich.

Mit zunehmender Dauer der Proteste, der sinkenden Anzahl an nächtlichen Veranstaltungen im Audimax, der selbständigen Organisation von Putzkolonnen in den Hörsälen und der Nachschärfung der Forderungen schwindet auch der innerstudentische Widerstand gegen den Protest (der auch nie organisiert in der Öffentlichkeit auftrat) oder wich zumindest einer distanzierten Gleichgültigkeit. Um die Motive des nicht zu vernachlässigenden ›Gegenprotests‹ nachzuvollziehen, muss m. E. die Studiensituation – hier am Studienfach Psychologie illustriert – beachtet werden: Um an der Universität Wien studieren zu dürfen, muss seit dem Wintersemester 2005 ein – im *Multiple-Choice*-Format abgeprüftes – Auswahlverfahren unter den 480 Erstgereihten bestanden werden. Allein im Wintersemester 2007/08 traten 1 500 ›StudieninteressentInnen‹ an, 50% davon mit nicht-österreichischem Reifezeugnis⁴.

Für die Studierenden bedeutet dieser Einstieg in die Universität eine massive Druck- und Konkurrenzsituation mit großem Unsicherheitsfaktor. Einmal bestanden, sind die Übungs-, Seminar- und Prüfungsplätze garantiert. Unter diesen Voraussetzungen wirkt die Solidarität mit den Protesten, insbesondere die Forderung nach der Aufhebung aller Zugangsbeschränkungen, für viele ›Auserwählte‹ als höchst bedrohlich für den eigenen Studienverlauf. Bisher hatten sie sich auf ihre Konkurrenzfähigkeit verlassen, wenn das nicht mehr zählt, was dann?

Um den Zankapfel ›freier Studienzugang‹ kreist so eine fast satirisch anmutende Debatte, die sich durch ein hohes Maß habituierter Verantwortung delegation auszeichnet: Gerne (und wenig überraschend) schließen sich Lehrkörper und Universitätsleitung der Forderung nach mehr Geld in Richtung Politik an, mit dem Versprechen an die Studierenden, damit eine Aufstockung der Studienplätze und der Lehrqualität anzupeilen. Solange das nicht passiere, seien Selektionsmaßnahmen die einzige Möglichkeit, den Studienbetrieb aufrecht zu erhalten. Der Wissenschaftsminister verweist schulterzuckend auf einen Koalitionspartner, der unglücklicherweise (!) die Studiengebühren abgeschafft habe, einen Finanzminister, der eben nicht mehr ausgeben könne, als er habe, und die EU, die den Staat zwingt, alle EU-Bürger gleich zu behandeln. Umzingelt von ›Sachzwängen‹ und einer scheinbar ferngesteuerten Universitätspolitik, sieht ein Großteil der Studierenden den einzigen Ausweg aus dem *status quo* in der ohnmächtigen Flucht nach vorne, der individuellen Profilierung und Durchsetzung gegenüber der Masse: Friss (den Studienplan) – und das möglichst schnell – oder bleib (vor den Toren der Universität) zurück.

Bunte Rebellionen bilden immer mehr Angriffsflächen als jene glatten, ›rationalen‹ Strukturen, von denen das individuelle Wohl abhängt. Die psychologische Analyse der Identifikation von Unterdrückten mit herrschenden Machtverhältnissen ist ein zu bekannter Topos – von Adorno (2008) über Milgram (1982) bis Holzkamp (1985) – um hier noch weiter ausgeführt zu werden. Daher möchte ich im Folgenden noch darauf eingehen, wie innerhalb der akademischen Psychologie auf die Proteste reagiert wurde.

Homo psychologicus-apoliticus?

Wien, 9. November 2009: Ein frisch immatrikulierter Doktoratsstudent hält einen kurzen Vortrag über das quantitative Verhältnis von Mainstream-Psychologie zu alternativ-kritischen Ansätzen (ca. 3% im WS 2009) an der Fakultät für Psychologie (die Forderung nach freier und kritischer Lehre ist Bestandteil der Forderungen der Protestbewegung). Ca. 150 Studierende befinden sich bei der ersten HörerInnenversammlung.

lung der Fakultät des Jahrzehnts, einberufen von der *AG Psychologie*, die sich während der Proteste gebildet hatte. Hier findet die Kritik an der Einseitigkeit des Lehrangebots noch großen Zuspruch. Bei der Lehrendenversammlung eine Woche später sieht es dann ganz anders aus.

Die Stimmung im etablierten Lehrkörper reicht von distanzierter Sympathie bis zu völliger Gleichgültigkeit, nur von Teilen der jüngeren WissenschaftlerInnen (die sich mit einer völlig unberechenbaren akademischen Zukunft konfrontiert sehen) geht eine gewisse Initiative aus, um die Lehrenden zumindest zu einem offiziellen, positiven Statement zu den Protesten zu bewegen. Heimlich freuen sich viele Lehrende über die Aktionen der als angepasst verschrienen Jungen, schwelgen nostalgisch in Erinnerungen von einstigen Hörsaalbesetzungen – sobald es jedoch darum geht, selbst Position zu beziehen, wird es den meisten Etablierten zu heiß. So finden sich auf der Lehrendenversammlung vier bis fünf ProfessorInnen ein, um sogleich die Beschlussunfähigkeit des Konvents zu beschließen: Die Versammelten könnten keine Solidaritätserklärung verabschieden, weil ›die Fakultät‹ nicht per Mehrheitsbeschluss entscheide, sondern ausschließlich per Unterschrift des (abwesenden) Dekans. Die hierarchische Struktur der Fakultät wird verabsolutiert, man lässt die jungen KollegInnen mit ihren basisdemokratischen Ideen auflaufen und bastelt dann noch ein Weilchen launisch an den Formulierungen, die der Leitung vorgelegt werden sollen. Wochen später werden vier Halbsätze auf der Fakultätshomepage veröffentlicht; das Wort ›Solidarität‹ fehlt hier ebenso wie irgendwelche konkreten Stellungnahmen.

Bezeichnend verlief die von der eingeladenen AG eingebrachte Diskussion um die Vielfalt des Lehrangebotes: Eine Professorin weigert sich rundheraus, den Begriff ›*Mainstream*-Psychologie‹ anzuerkennen und hält den Bildungsbegriff der Protestbewegung für schlichtweg fehlgeleitet. Der Einwand, dass sich psychologisches Denken nicht auf ›unparteiisches‹ Testen von Hypothesen und Inferenzstatistik beschränken dürfe, sondern auch bspw. emanzipatorisch-politische Ansprüche vertreten könne, um ihre gesamtgesellschaftliche Relevanz zu reflektieren, stößt hier auf völliges Unverständnis.

Die Hintergründe der Depolitisierung der Psychologie und der damit verbundenen Marginalisierung kritischer Lehrinhalte in der Universitätslandschaft wurden auch in einem Interview der AG Psychologie mit der Studienprogrammleitung erfasst. Hier wiederholt sich das neoliberale Muster des Konkurrenzdrucks, diesmal jedoch zwischen den Fakultäten: Aus dem heiß umkämpften Bildungsbudget lässt sich mit naturwissenschaftlichem Sales Image einfach mehr herausholen als mit kultur- oder geisteswissenschaftlichen Inhalten. ›Messen und messbar machen‹ sei nun mal das Handwerk der Psychologie – wenn noch ein paar Ressourcen übrig bleiben, darf auch gerne mal ›Alternatives‹ (worunter nicht nur kritische, sondern auch wissenschaftstheoretische, fachhistorische und qualitative Lehrinhalte fallen) gelehrt werden, aber bei der Knappheit an Ressourcen müsse in erster Linie das ›Wesentliche‹ sichergestellt werden, d. h. Statistik und Diagnostik, Testen und Auswerten. Sach- und Marktzwänge, wohin das Auge blickt.

Ein vorläufiges Fazit: Nach dem Protest ist vor dem Protest

Kurz vor Beginn der Weihnachtsferien wurde das Audimax der Universität Wien polizeilich geräumt. Im Januar 2010 wurden alle Besetzungen beendet, den verbliebenen Protestierenden wurden von der Universität Räume zugesichert. Was sich hieraus entwickeln wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Die dezentrale Struktur der Proteste verunmöglicht deren völlige Niederschlagung, die virtuellen Plattformen sind nach wie vor aktiv, zur Prüfungszeit scheint sich aber eine allgemeine Protestmüdigkeit breit zu machen. In einem verschulerten System zu rebellieren, ist bei ständiger Anwesenheitspflicht keine einfache Herausforderung. Die über die *social networks* geknüpften Bande gehen aber nicht verloren. Sobald die kollektive Frustrationsschwelle im Studienalltag wieder überschritten wird, ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis es wieder zu sichtbaren Aktionen kommt. Ob sie in naher Zukunft aber wieder in dieser Stärke auftreten werden, ist fraglich. Bis *dato* hat die Politik die Proteste schlichtweg ausgesessen. Der Forderungskatalog wurde kaum aufgegriffen und von verschiedensten Interessensgruppen (Lehr-

körper, Universitätsleitung, Wissenschaftsministerium) auch für eigene Zwecke instrumentalisiert.

In jedem Falle wurde aber ein breites öffentliches Problembewusstsein für die ernsthafte Problemlage der Universitäten erzeugt, die von der Politik nicht mehr verschleiert werden kann. Was genau die versprochenen ›Verbesserungen‹ sein sollen, wird dabei von allen Konfliktparteien völlig unterschiedlich bewertet: Die Industriellenvereinigung (deren Vertreter in einer Vielzahl von TV-Diskussionen eingeladen wurden) wünscht sich professionalisierte Innovationsproduzenten im globalisierten Markt, das Wissenschaftsministerium maximale Absolventenzahlen bei minimalem Kostenaufwand, die Universitätsangehörigen einen Ausweg aus der Prekarisierung – und die Studierenden, zuletzt, freien Zugang zu Lehre und Wissen.

Ob und wann die Protestierenden wiederkommen, ist ungewiss. Bis dahin bleibt das Audimax zwischenzeitlich von anderen Interessensgruppen besetzt, ohne Räumungsgefahr: Bei der ›Uni-Success‹- und ›Recruiting Days‹-Messe dürfen sich Studierende bei ›führenden Unternehmen‹ auf universitärem Boden ob ihrer marktwirtschaftlichen Verwertbarkeit beraten lassen. Wenige Schritte entfernt steht im Eingangsbereich eines Institutsgebäude in großen Lettern Artikel 17 des österreichischen Staatsgrundgesetzes: »*Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei*«. Vor wenigen Monaten hat jemand das Prädikat ›verkäuflich‹ hinzugefügt. Es wurde entfernt.

► Anmerkungen

- 1 Der ausgearbeitete Forderungskatalog ist online abrufbar unter http://unsere-uni.at/?page_id=11794 (Stand: 11. Januar 2010).
- 2 *Wiki* von hawaiianisch: schnell; eine offen les- und editierbare Hypertextplattform.
- 3 Siehe bspw. *derstandard.at* vom 02. November 2009: »Geht es nach der ›Kronen Zeitung‹ so bespraysen ›vermummte Demonstrierer‹ die Wände der Universität Wien. Was auf dem abgebildeten Foto so aussieht, ist bei genauerer Betrachtung und Ortskenntnis eine schnöde Holzplatte, die an eine Absperrung gelegt ist. Die ›Vermummung‹ ist im Übrigen lediglich ein Schutz vor den Dämpfen aus der

Spraydose« (<http://derstandard.at/1256743811841/Nachlese-Audimax-Besetzung-Tag-12>). Das Beweisfoto wurde Facebook entnommen: <http://tinyurl.com/y8hq3uf> (Stand: 11. Januar 2010).

- 4 Quelle: Presse-Archiv der Universität Wien, <http://tinyurl.com/yku57fo> (Stand: 11. Januar 2010).

► Literatur

Adorno, Theodor (2008). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Havelock, Eric (1990). *Schriftlichkeit. Das griechische Alphabet als kulturelle Revolution*. Weinheim: VCH.

Holzkamp, Klaus (1985). *Grundlegung der Psychologie*. Frankfurt am Main: Campus.

McLuhan, Marshall (1995). *Die magischen Kanäle*. Dresden: Verlag der Kunst.

Milgram, Stanley (1982). *Das Milgram-Experiment: Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität*. Hamburg: Rowohlt.